



Haushalts- und Finanzausschuss

32. Sitzung (öffentlicher Teil)*)

9. November 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Anke Brunn (SPD)

Protokollerstellung: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)**

1

Und:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwürfe der Landesregierung

Drucksachen 14/2300, 14/2303 und 14/2850 (Ergänzung)

- a) Auswertung der noch nicht behandelten Berichterstattergespräche**

1

Vorlagen 14/682 bis 14/686, 14/688, 14/689 und 14/693

Wortmeldungen ergeben sich nicht.

*) nichtöffentlicher Teil zu TOP 8 siehe nöAPr 14/57
vertraulicher Teil zu TOP 8 siehe vAPr 14/8

b) Beratung der Ergänzungsvorlage

Drucksache 14/2850

StS Angelika Marienfeld (FM) erstattet einen Bericht (*siehe Anlage 1*)

Anschließend debattiert der Ausschuss darüber.

Er **beschließt** sodann einvernehmlich die Durchführung einer **öffentlichen Anhörung** zur Haushaltsergänzung am 27. November 2006.**2 Beratung der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2005 der Landesbetriebe und des BLB NRW in Verbindung mit den Entwürfen der Wirtschaftspläne für das Haushaltsjahr 2007**

Vorlagen 14/624 bis 14/626, 14/633, 14/646 bis 14/650 und 14/759

Der Ausschuss berät die Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne folgender Betriebe:

Landesbetriebe allgemein	7
Geologischer Dienst Nordrhein-Westfalen	8
Landesbetrieb Mess- und Eichwesen Nordrhein-Westfalen	9
Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen	10
Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen	10
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	11
Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen	12
Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen	12
Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW	12

- 3 Gesetz zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 und über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)** 13
- Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2840 (vorbehaltlich der Überweisung durch das Plenum)
- Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 56 Abs. 1 der Geschäftsordnung
- Vorbehaltlich der Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2840 **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich die Durchführung einer **öffentlichen Anhörung** am 30. November 2006.
- 4 Zusammenlegung von Behörden in der Finanzverwaltung** 13
- Vorlage 14/703
- StS Angelika Marienfeld (FM) berichtet (*siehe **Anlage 2***).
- Anschließend ergibt sich eine Diskussion über beabsichtigte Fusionen von Finanzämtern.
- 5 Das NRW Ziel-2-Programm 2007–2013: EFRE- und ESF-Förderung konsequent und zukunftssichernd ausgestalten** 17
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2108
- Der Ausschuss **verzichtet** einvernehmlich auf ein Votum.
- 6 Einstellungszusagen für 2007 an Bewerber/innen für den Vorbereitungsdienst verschiedener Beamtenlaufbahnen sowie Bewerber/innen für „Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG)“** 18
- Vorlage 14/739
- Der Ausschuss **erteilt** ohne Diskussion einstimmig seine **Einwilligung**, Einstellungszusagen entsprechend Vorlage 14/739 zu erteilen.
- 7 Verschiedenes** -

3 Gesetz zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 und über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/2840 (vorbehaltlich der Überweisung durch das Plenum)

Beschluss über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung gemäß § 56 Abs. 1 der Geschäftsordnung

Vorsitzende Anke Brunn legt dar, dieser Gesetzentwurf solle am 16. November im Plenum in erster Lesung beraten und an den HFA überwiesen werden. Sie habe sich mit den Obleuten bereits auf einen Zeitplan für die Beratungen verständigt. Danach solle, falls eine Anhörung gewünscht werde, heute bereits ein „Vorratsbeschluss“ darüber gefasst werden, um eine Sondersitzung nach der Überweisung des Gesetzentwurfs zu vermeiden. Der Termin der Anhörung solle der 30. November sein. Von den Fraktionen der CDU und der FDP liege bereits ein Vorschlag über anzuhörende Sachverständige vor.

Gisela Walsken (SPD) stimmt dem Vorschlag zu und kündigt an, seitens ihrer Fraktion heute noch Sachverständige dafür zu benennen.

Vorbehaltlich der Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/2840 beschließt der **Ausschuss** einvernehmlich die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 30. November 2006.

4 Zusammenlegung von Behörden in der Finanzverwaltung

Vorlage 14/703

Vorsitzende Anke Brunn erinnert an die in der letzten Sitzung zurückgestellte Entscheidung über die geplante Grundstücksveräußerung des BLB in Mönchengladbach und weist darauf hin, dass der Unterausschuss „Personal“ dieses Thema am 7. November beraten habe.

StS Angelika Marienfeld (FM) trägt den Bericht vor, der diesem Protokoll als **Anlage 2** beigefügt ist.

Hans-Willi Körfges (SPD) bemerkt dazu, abstrakt sei das alles nachzuvollziehen, auch die Kriterien einer Zusammenlegung. Im konkreten Fall scheine das eine oder andere aber nicht so zu den Betroffenen übergekommen zu sein. Hinsichtlich der geplanten Zusammenlegung der Finanzämter Mönchengladbach und Mönchengladbach-Rheydt habe er, nachdem er mit Betroffenen darüber diskutiert habe, erhebliche Bedenken.

Zum einen gehe es um die Erreichbarkeit des in Aussicht genommenen Standortes Nordpark. Für die Menschen aus Mönchengladbach-Rheydt sei der Weg dorthin recht

